

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 22.12.2008
	Schriftführung Telefon-Nr. Michael Schirmer 02202/141356
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Dienstag, 2. Dezember 2008
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	18:30 Uhr – 22:08 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Öffnung und Umgestaltung der Fußgängerzone in Bensberg**
678/2008
- 3. Verkehrsführung Stadtmitte**
- Grundsatzbeschlüsse
679/2008
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Straßenbauprogramm 2009**
703/2008
- 7. Haushalt 2009 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Umweltschutz, Verkehrsflächen und Stadtgrün**
706/2008
- 7.1. Anträge der Fraktion B/90 vom 17.11.2008,**
 - b) den Zielkatalog im Bereich Umweltschutz und Naturschutz zu ergänzen**
 - c) in den Haushalt 2009 Mittel zur Errichtung einer Luftmessstation einzustellen**

- d) die Stadtverwaltung zu beauftragen ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die Möglichkeiten einer Abwärmenutzung von m-real Zanders in der Innenstadt darstellt
- e) die Stadtverwaltung zu beauftragen, in 2009 das Parkdeck Schnabelsmühle aufzustocken und das Obergeschoß über eine Brücke an den Quirlsberg und den Park der Villa Zanders anzubinden.
- f) die Stadtverwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 mit dem Bau des Kreisverkehrs an der neuen „Südtangente Bergisch Gladbach“ zu beginnen.
- g) die Stadtverwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 für die Innenstadt Bergisch Gladbach ein Parkleitsystem einzurichten.
- h) die Stadtverwaltung zu beauftragen, parallel zum Bau der Radstation am S-Bahnhof das Radwegenetz in der Innenstadt von Bergisch Gladbach zu vervollständigen.
- i) die Stadtverwaltung zu beauftragen, im Jahr 2009 die Einrichtung von ca. 100 provisorischen Parkplätzen östlich und nördlich des Gebäudes der alten Feuerwache vorzunehmen.

716/2008

8. Anfragen der Ausschussmitglieder

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 2. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, Herr Mömkes, begrüßt alle Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr. Mit dem Vorsitzenden des Planungsausschusses, Herrn Albrecht, wurde verabredet, dass die gemeinsame Sitzung von Herrn Mömkes geleitet werden soll. Diesbezüglich bestand in beiden Ausschüssen Einvernehmen. Herr Mömkes stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Ziffus bemängelt, dass für die Anträge, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt hatte, eine Behandlung erst am 04.12.2008 vorgesehen war. Er regt an, diese Anträge zunächst im Sinne einer Mitteilungsvorlage zu beraten, Beschlüsse aber erst am 04.12.2008 zu fassen. Herr Mömkes entgegnet, dass er dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt sei, die Anträge heute in die Tagesordnung auszunehmen, da sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den ebenfalls heute auf der Tagesordnung stehenden Haushaltsberatungen stehen.

Frau Neuheuser-Königs teilt mit, dass ihr die Einladung zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht zugegangen sei, da sie Mitglied im Planungsausschuss ist. Sie kritisiert außerdem, dass die Terminierung der Einladung unklar sei.

Herr Mömkes teilt mit, dass eventuell fehlende Unterlagen zu besorgen und zu sichten seien; damit werde auch dem Wunsch von Herrn Ziffus, die Anträge in der nächsten Sitzung am 04.12.2008 zu behandeln und zu beschließen, nachgekommen.

2 Öffnung und Umgestaltung der Fußgängerzone in Bensberg

Herr Becker regt an, den vorgesehenen Aufzug nicht, wie vorgeschlagen, nur in den Geschäftsstunden zwischen 07:00 und 21:00 Uhr zu öffnen, sondern gerade aus Sicht von älteren und behinderten Menschen solle er rund um die Uhr zu benutzen sein. Wie das insbesondere technisch zu bewerkstelligen sei, bliebe der Verwaltung bzw. dem Rat überlassen. Ein Aufzug würde überdies eine Barrierefreiheit nicht nur für den genannten Personenkreis bedeuten, das Rathaus Bensberg erreichen zu können, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Er bittet alle Fraktionen, diese Anregung aufzugreifen.

Herr Schmickler vertieft zunächst nochmals die augenblickliche Situation in der Innenstadt Bensberg. Er erläutert, dass in die Hauptimmobilie, dem Löwencenter, seit

Jahren nicht mehr investiert worden sei, so dass sie sich in einem baulich schlechten Zustand befindet. Bei der stattgefundenen öffentlichen Planvorstellung des Investors wurde deutlich erkennbar, dass hier ein größeres Investitionsvolumen in die Hand zu nehmen sei. Die Einzelhandelssituation in Bensberg sei nicht einfach, verschärft werde dies noch durch die Zweigeschossigkeit dieser Immobilie, dessen Obergeschoss nur schwer zu vermieten sei. Dass ein Investor sich hier einbringen will, bedeute aus diesen Gründen für ihn eine Gratwanderung, die bei der Beurteilung zu vergegenwärtigen sei. Hinsichtlich des Aufzuges weist er darauf hin, dass dieser solange betrieben werden kann, solange auch Personal in den Einzelhandelsbetrieben vor Ort sind, um ggf. bei Notfällen einschreiten zu können. Man könne zwar in Verhandlungen mit dem Investor versuchen, dass eine durchgehende Öffnung des Aufzuges angeboten wird, sollte dies jedoch nicht zur zwingenden Bedingung für die Gesamtmaßnahme machen, sondern lediglich als Ziel formuliert werden. Er bittet seitens der Politik um einen gewissen Verhandlungsspielraum, damit ein vernünftiges Verhandlungsergebnis erzielt werden könne.

Herr Ziffus vertritt ebenfalls die Meinung, dass es sich bei der Innenstadt Bensberg um ein Sanierungsgebiet handele, gekennzeichnet durch funktionale und strukturelle Mängel. Insbesondere die parkmäßige Anbindung von Nordosten her sei eigentlich ganz gut, hingegen von Südosten aus gesehen nicht. Ein Professor aus Hamburg habe vor einigen Jahren angeregt, nördlich der Steinstraße einen Parkriegel, kombiniert mit weiteren Geschäftsräumen und Büros zu errichten. Auch wurde seinerzeit vorgeschlagen, im Bereich Oberer Markt und Wilhelm-Wagener-Platz bauliche Veränderungen in Form von Tiefgaragen vorzunehmen – dies scheiterte jedoch bislang am politischen Willen. Nach intensiven internen Diskussionen bei der Frage, die Fußgängerzone zu öffnen, sei man zum Ergebnis gekommen, dies nicht zu tun, sondern die Fußgängerzone sogar zu erweitern. Ihn befremdet letztlich das enorme Tempo, welches jetzt, wo ein Investor vor der Tür steht, angeschlagen wird. Es fehle ihm auch an der Einbettung in ein Gesamtkonzept. Eine Öffnung bedeute eine Minderung der Aufenthaltsqualität in diesem Bereich. Er verkenne nicht, dass im Innenstadtbereich vieles im Argen liegt, das habe aber nichts mit einer Öffnung zu tun.

Herr Lauten gibt zu bedenken, dass Bensberg von der Topographie her nicht sonderlich einladend für mobilitätseingeschränkte Menschen sei, die überdies durch im Wege stehende Auslagen der Geschäfte sich vielfach ihren Weg bahnen müssen. Auch er schließt sich der Anregung von Herrn Becker nach einer durchgehenden Öffnung des Fahrstuhls an; technische Lösungen dafür sollten seiner Meinung nach bestehen.

Herr Mömkes weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in Bälde eine neue Sondernutzungssatzung beschließen wird, die hoffentlich zum Ergebnis haben wird, Plakatierungen und Auslagen einzudämmen.

Frau Neuheuser-Königs ist verwundert darüber, dass keine planerische Präsentation angeboten werde. Obgleich sie ergebnisoffen beraten möchte, fehlen ihr die Voraussetzungen dafür. Sie kritisiert die Loslösung einer einzelnen Maßnahme aus der Rahmenplanung Bensberg.

Herr Mömkes verweist auf den Beschlussvorschlag und auch den Antrag der CDU-

Fraktion, der vor der Sitzung verteilt wurde, nach dem hier lediglich die Verwaltung beauftragt werden solle, Verhandlungen mit einem Investor für ein einziges Projekt zu führen, die danach dem Rat bzw. diesem Ausschuss erneut zur Entscheidung vorgelegt werden solle. Ein Beschluss, wonach die Schlossstraße geöffnet werden solle, ist hingegen bei genauer Betrachtung dieser Vorlage kein Gegenstand des vorliegenden Beschlussvorschlages.

Frau Graner gibt zu bedenken, dass es nun müßig sei, über die in der Vergangenheit begangenen Versäumnisse in der Innenstadt Bensberg zu lamentieren. Sie befürchtet, dass es jedoch zu spät sei, wenn nicht *jetzt* gehandelt werde. Drei Interessengruppe stehen sich dabei gegenüber: die Händler, die zusehen müssen, dass die Läden zunehmend veröden, Bürger, die in der Innenstadt einkaufen und verweilen wollen und nicht zu letzt die Anwohner, die naturgemäß teilweise andere Präferenzen haben. Alle drei Gruppen seien jetzt in die Gestaltung einzubinden, damit ein Fortschritt erzielt werden könne. Im Prinzip könne somit dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werden. Sie hält den „Pfefferplan“ entgegen der Beschlussvorlage allerdings nicht als einzige Lösungsmöglichkeit, sie bittet stattdessen, auch den Bereich zwischen Kino und Emilienbrunnchen mit in die Betrachtung einzubeziehen. Auch, ob die Öffnungsrichtung (von Nordwest nach Südost) die richtige sei, solle noch eingehender geprüft werden – schwierig sei hier insbesondere der Parksuchverkehr. Hingegen begrüßt sie die Absicht die Fußgängerzone nachts zu schließen, dies käme dem Ruhebedürfnis der Anwohner zugute.

Herr Höring weist darauf hin, dass hier zwei Probleme aufeinander prallen: zum einen die Rahmenplanung Bensberg zu optimieren, zum anderen entspricht es aber leider der Tatsache, dass Investoren in Bensberg nicht Schlange stehen, um den „Sanierungsfall“ Bensberg Zug um Zug aufzulösen. Wer die Bürgerversammlung besucht habe, bekam mit, dass hier keine einmütige Lösung zur Verfügung stehe. Aber auch schon die Einführung der Fußgängerzone war seinerzeit nicht unumstritten. Er bekräftigt ebenfalls, dass zeitnah etwas getan werden müsse, denn sich möglicherweise über Jahre hinziehende Leerstände in den Geschäftsräumen möchte keiner. Ein vielfach gewünschter Supermarkt ziehe eben Kompromisse nach sich. Um die Verwaltung nicht unnötig in den Verhandlungen einzuengen, habe man nunmehr den Änderungsantrag eingebracht. Bedingung müsse sein, dass ein Lebensmittelladen angeboten werde und die Aufzuanlage durchgängig geöffnet bleibt. Die Verwaltung möge dies unter technischen Möglichkeiten prüfen, um insbesondere Vandalismus weitgehend zu vermeiden. Die in Rede stehende Freitreppe links neben dem Gebäude, bei der der Investor kundgetan habe, ggf. einen Teil des rechts davon stehenden Gebäudes abzureißen, werfe die Frage auf, wer die Kosten dafür, aber auch für den Aufzug zu tragen habe. Seiner Meinung nach müsse dies Aufgabe des Investors sein. Wenn die Verhandlungen ein derartiges Ergebnis zeitige, werde man einem entsprechenden Beschluss zustimmen.

Frau Hammelrath begrüßt zunächst, dass die von der SPD-Fraktion in der Vergangenheit mehrfach angeregte Rahmenplanung wieder einmal zur Sprache komme – darum gehe es hierbei aber nicht konkret. Beim Löwencentner bestehe dringender Sanierungsbedarf – dass hier aber über die Kostenfrage in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werde, stärke sicherlich nicht die Verhandlungsposition der Stadt. Aus Sicherheitsgründen müsse eine Aufzugsanlage an eine Zentrale angeschlossen sein, die bei Notrufen handeln könne, dazu reiche es nicht, die Öffnungszeiten des Aufzuges von vor Ort vorhandenen Personals abhängig

zu machen. Auch sie unterstützt eine durchgängige Öffnung des Aufzuges.

Herr Dr. Baeumle-Courth versteht nicht, warum die Öffnung der Fußgängerzone mit der Situation des Einzelhandels verquickt werde. Er kenne keinen Einzelhändler, der in vertraulichen Gesprächen der Vision nachhängt, dass vorbeifahrende Fahrzeuge zu einer Steigerung des Umsatzes führen. Es gehe hier vielmehr darum, eine Steigerung durch Service und Angebot herbei zu führen sowie ein angenehmes Ambiente im Umfeld zu schaffen. Die Zeit sei zu früh, jetzt bereits von einer Öffnung zu sprechen und diese zu beschließen, wenn der Investor noch nicht einmal ein tragfähiges Gesamtkonzept anbieten könne; auch habe dieser seine Mieter noch nicht zusammen. Siegburg sei hingegen ein Beispiel dafür, wie man eine Fußgängerzone so gestalten kann, dass potenzielle Kunden angelockt werden – er kenne viele Bürger und Bürgerinnen aus Bergisch Gladbach, die dort gerne einkaufen gehen. Dieses müsse so auch in Bensberg zu machen sein. Die Einzelhändler im nordwestlichen Teil der Schlossstraße existieren dort nicht wegen, sondern trotz des Verkehrs. Er regt hinsichtlich der Parksituation an, die vorhandenen Angebote attraktiver zu gestalten und in ein Parkleitsystem zu integrieren, damit Suchverkehr weitgehend vermieden werden kann. Er gibt außerdem zu bedenken, wenn sich der Verkehr in der Steinstraße zu gewissen Stoßzeiten staut, biete eine befahrbare Fußgängerzone einen willkommenen Ausweichweg. Auch Herr Bürgermeister Orth habe in seinen Ausführungen zum Haushalt 2009 zu erkennen gegeben, dass man weg kommen müsse von einer Politik auf Zuruf. Es könne durchaus sein, dass der Investor bereits Überlegungen anstelle, aus seinen Verpflichtungen wieder heraus zu kommen, da er sich finanziell überhoben habe. Er sehe, im Gegensatz zu anderen Fraktionen, die Zweigeschossigkeit des Löwencenters als Chance für die Erlebbarkeit Bensbergs, zumal Jugendliche zu Shoppen einen Bogen um Bensberg machen würden. Dieses wäre bei einem ansprechenden Angebot an Einkaufsmöglichkeiten im Center sicherlich ein Stück weit umzukehren. Er bittet abschließend um eine genaue Prüfung, die Fußgängerzone zu verlängern, denn ohne eine vernünftige Fußgängerzone stehe zu befürchten, dass noch mehr Kunden dann in Richtung Köln abwandern. Dass könne kein Ziel für Bensberg sein.

Auch Herr Waldschmidt bekräftigt nochmals, dass sich alle der Problematik in Bensberg bewusst seien. In seiner Fraktion sei die angesprochene Öffnung durchaus kontrovers diskutiert worden, er persönlich halte diese jedoch nicht für den richtigen Weg. Es wäre seitens der SPD-Fraktion gerne gesehen worden, wenn die Öffnung schon mal provisorisch eingerichtet wird, um Auswirkung bereits im Vorfeld zu erkennen. Er kritisiert, dass im CDU-Änderungsantrag auf die Kostenfrage eingegangen werde, obgleich bereits aus der Vorlage klar zu erkennen sei, dass die begleitenden baulichen Maßnahmen am Gebäude auf Kosten des Investors durchgeführt werden müssen. Hingegen stelle sich die Frage, inwieweit die Kosten für die Umgestaltung der Fußgängerzone auch zumindest teilweise vom Investor getragen werden könnten. Er begrüßt die Anregung des Seniorenbeirates zum Aufzug, ist aber auch der Meinung, dass die Öffnung der Fußgängerzone erst dann durchzuführen sei, wenn sich der Investor dazu verpflichte, den Verbleib des Lebensmittelgeschäftes mindestens mit einer Dauer von 10 Jahren zu gewährleisten.

Herr Schmickler fasst in der Beantwortung einige aufgeworfene Punkte zusammen: Zum einen stimmt er den Ausführungen von Herr Dr. Baeumle-Courth nicht ganz zu, bestehen doch klare Aussagen darüber, dass ein leistungsfähiges Ankergeschäft von Nöten sei, um die Innenstadt zu beleben; die kleineren Geschäfte wären damit

sicherlich überfordert. Das sich einige Anlieger für eine Sperrung der Öffnung in den Abend- und Nachtstunden ausgesprochen haben, relativiert eher die Forderung nach einem durchgehenden Betrieb des Aufzuges. Er befürchtet stattdessen, dass sich keine Mieter finden lassen, die diese Kosten bereit sind zu tragen. Er bittet, einen entsprechenden Verhandlungsauftrag zu beschließen, deren Hürden aber nicht so hoch sein dürfen, dass man daran scheitere. Auch bestehe eine klare Aussage des Investors hinsichtlich einer Kontinuität von Provisorien; wenn sich aber Unzuträglichkeiten bei der Öffnung ergeben, müsse gegengesteuert werden, da könne die Politik beschließen und die Geschäftsbetreiber letztlich fordern, was sie wollen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Pflicht zur Verkehrssicherheit der Stadt hin; diese sei immer stärker zu bewerten als Beschlüsse oder Zusagen. Alle Beteiligten werden die Situation mit offenen Augen betrachten, damit eine alle zufrieden stellende und mittelfristig angelegte Lösung zur Gestaltung, auch im Hinblick auf die Einzelhandelsstudie in Bensberg gefunden werden kann.

Herr Lang bemängelt, dass in der Vorlage zwar Bezug auf den Einzelhandel, die Verwaltung und die Politik genommen werde, nicht aber auf die Fußgänger. Durch die Öffnung werden sich Verschlechterungen für diesen Personenkreis ergeben, Spielplätze werden wegfallen, die Aufenthaltsqualität sowie das subjektive Sicherheitsgefühl der Passanten werde allgemein abnehmen. Eine Garantie, dass sich durch die Öffnung alles zum Besseren wende, kann zurzeit keiner geben. Er bezweifelt des Weiteren, dass ein als Mieter bereits feststehender Bioladen die Funktion eines Ankers übernehmen könne. Er stellt schlussendlich die Frage nach Erschließungsbeiträgen, die bei einer Umgestaltung wahrscheinlich erhoben werden müssen.

Herr Schmickler entgegnet, dass nach geprüfter augenblicklicher Rechtslage zur Zeit keine Beitragspflicht entstehe. Wie sich dies in drei oder fünf Jahren darstelle, hänge von der dann gültigen Rechtslage ab. Die Immobilie Löwencentre wäre jedoch bei einer entstehenden Beitragspflicht der mit Abstand größte Beitragszahler.

Herr Kraus geht nochmals auf die Ausführungen von Herrn Dr. Bäumle-Courth ein, in denen er die Ernsthaftigkeit der Lage ein wenig vermisse. Er betont ebenfalls die Situation, nach der Investoren leider nicht zahlreich vor den Toren Bensbergs standen und auch stehen werden, um dort zu investieren.

Herr Ziffus äußert, dass Herr Wilms vom Investor Artos nach der Notwendigkeit der Öffnung gefragt wurde - nach seinem Dafürhalten erfolgte daraufhin keine befriedigende Antwort. Er antwortete lediglich, dass die Kunden dies so wollen.

Aus eigener Erfahrung mit der Investition am Busbahnhof Bergisch Gladbach weiß er zu berichten, dass sich immer auch die Frage stelle, was ein Investor, auch über Zwischenschritte, letztlich erreichen möchte. Da es sich bei der Innenstadt um ein Kerngebiet mit gegenüber liegender viergeschossiger Bauweise handelt, drängt sich ihm der Eindruck auf, auch der Investor könne klotzen, das heißt ebenfalls viergeschossig bauen. Es wäre denkbar, dabei Parkplätze im oberen Geschoss anzubieten und über eine Rampe von der Schlosstraße zu erschließen – hindern könne ihn daran letztlich keiner. Er möchte diesen Einwand aber nur protokollarisch festgehalten wissen.

Herr Mömkes wirft ein, dass für Bensberg ein Bebauungsplan bestehe, der Grenzen in der Bauweise und Baumasse setze.

Auch Herr Rosen bedauert ein Stück weit, dass die Fußgängerzone wegfalle und die Verwaltung praktisch genötigt sei, einem Investor hinterher zu hecheln. Mit der Öffnung stelle sich aber auch die Frage nach einer Fußgängerführung durch Lichtsignalanlagen.

Herr Lang bittet nochmals um Bekanntgabe der abzurechnenden Kosten, da ihm die diesbezüglich Antwort von Herrn Schmickler so nicht ausreiche. Im Übrigen sollte es Aufgabe einer Kommune sein, möglichst große und damit Steuereinnahmen bringende Unternehmen an Land zu ziehen. Dies habe der jetzige Bürgermeisterkandidat der CDU in seiner Heimatgemeinde seinerzeit auch als Schwerpunkt so gesetzt.

Herr Mömkes erklärt darauf hin, dass dies gerade der Sinn und Zweck dieses Tagesordnungspunktes sei. Außerdem sei die Antwort zu den Beiträgen von Herrn Schmickler ausreichend und zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch abschließend.

Herr Schmickler ergänzt noch, Beiträge können allein schon aus dem Grund nicht erhoben werden, weil durch die einfachen baulichen Arbeiten zur Öffnung ein beitragsrelevanter Tatbestand nicht erreicht wird – zu rechnen sei mit einem kleinen fünfstelligen Betrag. Bei einem späteren und damit umfangreicheren Ausbau sei dies erneut rechtlich zu prüfen; bevor jedoch ein entsprechender Ausbaubeschluss gefasst wird, werden natürlich auch die betroffenen Anlieger beteiligt und informiert. Zum Themenkreis, wie viele Fahrzeuge zu erwarten sind, die die Schlossstraße durchfahren werden, teilt er mit, dass Zählungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Anzahl von ca. 120 Fahrzeugen in der Spitzenstunde zu erwarten lasse, das heißt ca. zwei Fahrzeuge in der Minute. Auch wenn sich diese Zahl verdoppeln oder verdreifachen würde, bliebe eine Querung der Schlossstraße problemlos. Eine Bestückung mit einer Lichtsignalanlage sei daher nicht nötig. Das Modell, welches in der Straße Siebenmorgen mit der Anordnung einer 20-km/h-Regelung zur Anwendung kommt und funktioniert, könne man sich ebenfalls in Bensberg vorstellen.

Herr Höring erwarte zu einem späteren Zeitpunkt eine detaillierte Planung, wie die Fußgängerzone gestaltet werden solle, jetzt sei lediglich eine Grundsatzentscheidung zu treffen, wie dies auch im Änderungsantrag seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht werde.

Herr Schwamborn befürchtet, dass der Inhaber des Löwencenters, der zu einem Fonds in der Konkursmasse der Lehman Brothers gehört, durch die jetzige Finanzkrise nicht mehr als geschütztes Sondervermögen betrachtet werden und in dieser Konkursmasse irgendwann verschwinden könne. Auch bezieht er sich nochmals auf die umfangreiche Arbeit der Hamburger Studenten zur Innenstadtsituation mit seiner Meinung nach vielen bedenkenswerten, aber nicht beachteten Vorschlägen, die aber niemals in eine Öffnung der Fußgängerzone gemündet hätten, sondern sogar in einer Erweiterung. Er wiederholt die Forderung, die Fußgängerzone zu belassen und stattdessen im unmittelbaren Umfeld Parkmöglichkeiten in Form eines zweiten Parkdecks auf dem Löwencenters oder auch eines Parkhauses entlang der Steinstraße anzubieten. Auch wäre eine Tiefgarage am oberen Markt denkbar.

Herr Dr. Bäumle-Courth erwidert auf einige Redebeiträge der anderen Fraktionen, dass hier und heute kein Freibrief für den Investor ausgestellt werden dürfe; die

Erfahrung insbesondere beim Mediterana zeige, dass die Verhandlungsposition umso schwächer wird, je früher Dinge preisgegeben werden. Außerdem irritiere ihn, dass bislang noch mit keinem Wort darüber gesprochen worden sei, welchen Kundenkreis man überhaupt in Bensberg vorrangig ansprechen möchte, beispielsweise betuchtere Senioren oder aber auch Jugendliche. Diese Frage sei vorher zu klären, bevor Beschilдерungen und andere Einrichtungen aufgestellt werden. Er bezweifele zudem, dass der genannte Investor die letzte Chance für Bensberg sei. Des Weiteren sei die heutige Diskussion in vorliegender Form nicht zwingend, da auch im Umfeld der Schlossstraße Bausünden wie zum Beispiel der Anbau am Progymnasium angegangen werden müssten.

Herr Waldschmidt betont, dass man sich dem vorliegenden CDU-Antrag mit kleineren Änderungen anschließen könne: Hinsichtlich des Aufzuges sei der Verhandlungsauftrag zu erteilen, dass dieser durchgängig geöffnet wird. Außerdem sei die Kostentragung zur den Punkten 2 und 3 des CDU-Antrages zu Lasten des Investors festzulegen. Aufzunehmen sei schließlich, dass außer auf den Investor keine Kosten auf die übrigen Anlieger/Einzelhändler zukommen. Redaktionell sei noch zu vermerken, dass die beiden heute zusammen gekommenen Ausschüsse dem Rat zunächst die Öffnung zur Zustimmung empfehlen sollen. Einzelheiten, wie z.B. Trassenführung und ähnliches verbleiben hingegen in der Beschlusszuständigkeit der Ausschüsse.

Herr Schmickler weist jedoch darauf hin, dass es hinsichtlich der Zuständigkeit eigentlich eine solche bei der Straßenverkehrsbehörde vorliegt, wegen der Grundsätzlichkeit spräche jedoch nichts dagegen, dieses zur Beschlussfassung in die Ausschüsse und den Rat zu geben. Er bittet in diesem Zusammenhang nochmals um einen klaren Beschluss, Verhandlungen aufzunehmen zu können – es dürfe keine Zeit mehr verstreichen.

Da über den letztlich zu fassenden Beschluss sowohl bei der Politik als auch bei der Verwaltung Unklarheiten, beantragt Herr Bierganns ohne nähere Begründung eine geheime Abstimmung.

Nach eingehender Prüfung der Geschäftsordnung, ob dieses statthaft sei, insbesondere ob das dortige Quorum erreicht werde, wurde zunächst zusammen über diesen Antrag abgestimmt. Die Zählung ergab ein Stimmenverhältnis von 6 Ja-Stimme und 24 Gegenstimmen. Nach erneuter Betrachtung der entsprechenden Passage in der Geschäftsordnung blieb festzustellen, dass eine nach Ausschüssen getrennte Abstimmung zu erfolgen habe. Diese ergab jeweils 3 Ja-Stimmen pro Ausschuss bei 10 Gegenstimmen des Planungsausschusses und 10 Gegenstimmen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr. Nach einigen Irritationen, ob denn in *beiden* Ausschüssen das Quorum (mindestens ein Fünftel des Ausschusses) erreicht worden sei, wurde schließlich festgestellt, dass dies der Fall sei.

(Anmerkung: Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf den nachfolgend formulierten Beschluss.)

Herr Lang bittet noch darum, die Passage unter 7. sinngemäß so zu formulieren, dass weitere Anlieger jetzt und in Zukunft nicht mit Kosten und Gebühren belastet werden.

Herr Schmickler entgegnet, ein solcher Beschluss wäre ein Fall für die Prüfung einer Beanstandung, da der Rat nicht befugt sei, pauschal auf ihm zustehende Beitragseinnahmen zu verzichten. Nichtsdestotrotz stehe dieser Antrag im Raum und ist zunächst als eigener Punkt abzustimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst anschließend bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Antrag, dass weitere Anlieger außer dem Inhabers des Löwencenters jetzt und in Zukunft nicht mit Kosten und Gebühren belastet werden, wird abgelehnt.

Des Weiteren fasste der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gemeinsam mit dem Planungsausschuss bei insgesamt 23 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden redaktionellen Beschluss:

Die Erstellung einer Aufzugsanlage zur barrierefreien Verbindung der Schlossstraße mit der Engelbertstraße/Markt im Bereich des Löwen Centers, nach Möglichkeit einer 24-stündigen Zugänglichkeit.

Sodann fasste der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gemeinsam mit dem Planungsausschuss bei insgesamt 22 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich folgenden redaktionellen Beschluss:

Eine detaillierte Festlegung, dass der Investor die Kosten zu 2. und 3. trägt.

Anschließend fasste der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gemeinsam mit dem Planungsausschuss bei insgesamt 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltung bei 1 Gegenstimme mehrheitlich folgenden redaktionellen Beschluss:

Einzelheiten der Öffnung wie Trassenführung, Parkplätze, Ausgestaltung etc. obliegen der Stadt durch Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Planungsausschuss. Die beiden Ausschüsse empfehlen dem Rat die endgültige Entscheidung.

Über den neu aufgenommenen Punkt 7 fasste der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gemeinsam mit dem Planungsausschuss bei insgesamt 23 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen mehrheitlich folgenden redaktionellen Beschluss:

Weitere Anlieger außer dem Inhaber des Löwencenters werden im Zusammenhang mit diesem nicht mit Kosten und Gebühren innerhalb dieser Maßnahme belastet.

Die weiteren, im Antrag der CDU-Fraktion unverändert gebliebenen Punkte 2, 3 und 4 wurden zunächst nicht beschlossen.

Sodann wurde über den wie oben aufgeführten, modifizierten Antrag in geheimer Abstimmung, getrennt nach Ausschüssen beschlossen.

- der Planungsausschuss fasst bei 10 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen

sowie

- der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst bei 12 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen

mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor des Löwen Centers eine Vereinbarung mit folgenden Eckpunkten auszuhandeln:

1. **Sicherstellung eines langfristigen Mietvertrages (mind.10 Jahre) mit einem Lebensmittelmarkt.**
2. **Erstellung einer Aufzugsanlage zur barrierefreien Verbindung der Schlossstraße mit der Engelbertstraße/Markt im Bereich des Löwen Centers, nach Möglichkeit einer 24-stündigen Zugänglichkeit.**
3. **Erstellung einer Freitreppe links neben dem Gebäudekomplex.**
4. **Die genaue Lage und Ausführung zu den Punkten 2. und 3. sind zwischen Investor und Verwaltung abzustimmen.**
5. **Detaillierte Festlegung, dass der Investor die Kosten zu 2. und 3. trägt.**
6. **Der Rat stimmt bei Erfüllung der o.g. Punkte der einspurigen Öffnung der Schlossstraße zu. Der Zeitpunkt sollte rund um den Eröffnungstermin liegen und Bestandteil der Vereinbarung sein. Einzelheiten der Öffnung wie Trassenführung, Parkplätze, Ausgestaltung etc. obliegen der Stadt durch Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und des Planungsausschusses. Die beiden Ausschüsse empfehlen dem Rat die endgültige Entscheidung.**
7. **Weitere Anlieger außer dem Inhaber des Löwencenters werden im Zusammenhang mit diesem nicht mit Kosten und Gebühren innerhalb dieser Maßnahme belastet.**

Vor dem formalen Abschluss der Vereinbarung zwischen Stadt und Investor muss diese den Fachausschüssen Planung sowie Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vorgelegt und beschlossen werden.

3 Verkehrsführung Stadtmitte - Grundsatzbeschlüsse

Herr Krause erläutert die Vorstellungen der Stadt- und Verkehrsplanung zum Verkehrssystem bzw. dem Parkraumkonzept der Innenstadt ausführlich anhand von Plänen.

Unabhängig von dem Verwaltungsvortrag und der Beschlussvorlage missbilligt Herr Waldschmidt die in einem Presseartikel geäußerte unsachliche Kritik eines Mitglieds der CDU Fraktion zur Verkehrsplanung, in der eine Mitarbeiterin der Verwaltung persönlich angegriffen wurde.

Herr Waldschmidt teilt sodann mit, dass die SPD Fraktion die vorgestellte „Südtangente“ - Verkehrsachse vom Driescher Kreuz bis zur Schnabelsmühle -

grundsätzlich begrüße. Allerdings bestünden hinsichtlich des Abschnitts zwischen Schnabelsmühle und der Odenthaler Straße erhebliche Bedenken. Insbesondere sei fraglich, warum einem kleinen Kreisel im Bereich westlich der Gnadenkirche (Forum-Gebäude) Funktionalität zugesprochen werde, nicht aber einer Kreisverkehrlösung im Bereich Hauptstraße/Odenthaler Straße. Gerade im Hinblick auf eine Entlastung des „Mühlenweges“ sei ein Kreisverkehr im Bereich Hauptstraße/Odenthaler Straße unverzichtbar.

Herr Ziffus teilt mit, dass er der Verkehrsplanung zustimmen werde, da er die vorgeschlagene Verkehrsführung für praktikabel erachte. Aus städtebaulicher Sicht und auch aus Kostengründen sollte der derzeitige Kreuzungsbereich Hauptstraße/Odenthaler Straße einschließlich des „Waatsack“ mit Umgebungsbebauung möglichst erhalten bleiben.

Herr Lang hält es für fraglich, ob die Durchführung solcher Verkehrsmaßnahmen im Hinblick auf einen eventuell ungenügendem Haushalt überhaupt realistisch seien.

Herr Dr. Fischer teilt mit, dass auch die FDP Fraktion der vorgeschlagenen Verkehrslösung grundsätzlich zustimmen könne. Aus Kostengründen sollten allerdings zunächst nur diejenigen Punkte planerisch vertieft untersucht werden, bei denen die Machbarkeit unklar sei. Seiner Ansicht nach sei dies insbesondere der Bereich zwischen der Odenthaler Straße und dem geplanten Kreisel „Schnabelsmühle“ und das Parkraumkonzept. Er wünscht sich eine Aufgliederung der Kosten (Förderung und Eigenmittel) für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes und einen Zeit-/Kostenplan für die entsprechenden Maßnahmen.

Frau Müller-Veit informiert darüber, dass mittels einer Mikrosimulation die Funktionalität der vorgeschlagenen Verkehrsführung nachgewiesen werde. Es sei damit zu rechnen, dass erste Untersuchungsergebnisse bereits im Januar vorliegen. Die Kosten für diese Mikrosimulation werden ca. 15.000 Euro betragen. Herr Schmickler ergänzt, dass eine solche Mikrosimulation bereits im Bereich der Stationsstraße/Busbahnhof durchgeführt wurde und zu brauchbaren Ergebnissen geführt habe.

Herr Kraus begrüßt insbesondere die Einplanung des Strunde-Radweges im vorgelegten Verkehrskonzept. Allerdings halte er die Einbindung des Busverkehrs in den geplanten Kreisel „Schnabelsmühle“ und die gefahrlose Querung der großen Verkehrsachsen mittels Zebrastreifen für Fußgänger für problematisch. Herr Kraus schließt sich den Forderungen von Herrn Dr. Fischer hinsichtlich Informationen über die Kostenhöhe und Kostenverteilung an.

Herr Dr. Sienko vom VIA Verkehrsplanungsbüro nimmt Stellung zu den einzelnen Nachfragen und bekräftigt die Funktionalität und Vorteile der vorgestellten Erschließungsspanne. Er erklärt, dass es sich im Bereich der Poststraße/Gohrsmühle und im Bereich des Forum-Gebäudes nicht um Kreisverkehre, sondern um so genannte U-Turns handle. Herr Dr. Sienko hat keine Bedenken, dass die großen Verkehrsachsen von Fußgängern gefahrlos überquert werden können und dass die Busein- und -ausfahrt in den Kreisel „Schnabelsmühle“ integriert werden könne.

Herr Rosen befürwortet die vorgestellte Verkehrslösung im Grundsatz, lehnt aber

eine Verbreiterung der Hauptstraße im Streckenabschnitt „Forum-Gebäude“ bis Odenthaler Straße - verbunden mit einem Abriss des „Quirls-Gebäudes“ - ab.

Herr Lang beantragt eine getrennte Abstimmung zu den beiden Beschlussvorschlägen der Verwaltung. Er bedauert, dass die Prüfaufträge der BfBB hinsichtlich einer verkehrlichen Lösung des Kreuzungsbereiches Hautstraße/Odenthaler Str. noch nicht durchgeführt wurden. Herr Lang empfindet es als unsinnig, den vorhandenen Parkplatz an der Buchmühle zugunsten eines kostenintensiven Neubaus an anderer Stelle aufgeben zu wollen.

Herr Schacht macht deutlich, dass die CDU Fraktion das vorgestellte Verkehrskonzept grundsätzlich begrüßt. Allerdings biete der Vorschlag leider keine optimale Lösung zur Entlastung der Straße „Am Mühlenberg“ und einer (Links-)Abbiegemöglichkeit von der „Odenthaler Straße“ in Richtung Herrenstrunden. Er beantragt daher, die Möglichkeit einer kleinen Kreisverkehrslösung an dem Knoten „Odenthaler Straße/ Hauptstraße“ zu prüfen.

Herr Schwamborn könnte sich ebenfalls dem Verkehrskonzept anschließen, wenn die beiden U-Turns (Bereiche „Poststraße“ im Westen und „Forum-Gebäude“ im Osten) durch kleinere Kreisverkehre ersetzt werden.

Sodann lässt Herr Mömkes beide Ausschüsse getrennt über den Beschlussvorschlag I der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (9 zu 5 Stimmen) und der Planungsausschuss (11 zu 4 Stimmen) lehnen den vorgelegten Verwaltungsvorschlag I übereinstimmend jeweils mehrheitlich ab.

Sodann lässt Herr Mömkes die beiden Ausschüsse getrennt über den nach Antragstellung der SPD Fraktion und der CDU Fraktion geänderten Beschlussvorschlag zu I. abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und der Planungsausschuss fassen folgenden

**Beschluss: (AUIV: mehrheitlich bei 9 Ja und 5 Nein Stimmen)
(PLA : mehrheitlich bei 9 Ja und 4 Nein Stimmen)**

Der AUIV und der Planungsausschuss empfehlen dem Hauptausschuss, dem vorgestellten Verkehrssystem „Erschließungsspanne Gohrmühle - Schnabelsmühle - Hauptstraße“ für den Streckenabschnitt zwischen dem Driescher Kreuz und dem Knoten Schnabelsmühle im Grundsatz zuzustimmen und die Verwaltung mit der planerischen Vertiefung zu beauftragen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, für den Abschnitt „Hauptstraße“ bis „Odenthaler Straße“ - insbesondere den Knotenpunkt „Hauptstraße/Odenthaler Straße“ - Planungsalternativen zu entwickeln.

Sodann lässt Herr Mömkes die beiden Ausschüsse getrennt über den Verwaltungsvorschlag II abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und der

Planungsausschuss fassen folgenden Beschluss: (AUIV: mehrheitlich bei 14 Ja und 1 Nein Stimme)

(PLA : mehrheitlich bei 10 Ja und 1 Nein Stimmen und 1

Enthaltung)

Der AUIV und der Planungsausschuss empfehlen dem Hauptausschuss, dem vorgestellten Parkraumkonzept - Konzentration der zentralen größeren Parkierungseinrichtungen entlang der „Erschließungsspanne Gohrsmühle - Schnabelsmühle - Hauptstraße“ - im Grundsatz zuzustimmen und die Verwaltung mit der Vertiefung der Planung für eine Parkraumkonzept/ Parkleitsystem zu beauftragen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mömkes, bedankt sich für die Mitarbeit und schließt den gemeinsamen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und des Planungsausschusses um 22:05 Uhr.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Auch hier liegen keine Mitteilungen vor.

6 Straßenbauprogramm 2009

7 Haushalt 2009 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Umweltschutz, Verkehrsflächen und Stadtgrün

7.1 Anträge der Fraktion B/90 vom 17.11.2008,

b) den Zielkatalog im Bereich Umweltschutz und Naturschutz zu ergänzen

c) in den Haushalt 2009 Mittel zur Errichtung einer Luftmesstation einzustellen

d) die Stadtverwaltung zu beauftragen ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die Möglichkeiten einer Abwärmenutzung von m-real Zanders in der Innenstadt darstellt

e) die Stadtverwaltung zu beauftragen, in 2009 das Parkdeck Schnabelsmühle aufzustocken und das Obergeschoß über eine Brücke an den Quirlsberg und den Park der Villa Zanders anzubinden.

f) die Stadtverwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 mit dem Bau des Kreisverkehrs an der neuen „Südtangente Bergisch Gladbach“ zu beginnen.

g) die Stadtverwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 für die Innenstadt Bergisch Gladbach ein Parkleitsystem einzurichten.

h) die Stadtverwaltung zu beauftragen, parallel zum Bau der Radstation am S-Bahnhof das Radwegenetz in der Innenstadt von Bergisch Gladbach zu vervollständigen.

i) die Stadtverwaltung zu beauftragen, im Jahr 2009 die Einrichtung von

**ca. 100 provisorischen Parkplätzen östlich und nördlich des Gebäudes
der alten Feuerwache vorzunehmen.**

Herr Waldschmidt stellt angesichts der fortgeschrittenen Stunde nach der Geschäftsordnung den Antrag, die Tagesordnungspunkte A6 - Straßenbauprogramm 2009 –, A 7 - Haushalt 2009 des Fachbereiches Umwelt und Technik - sowie den Punkt A 7.1 – Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN auf den 04.12.2009 zu vertagen. Herr Höring und Herr Ziffus schließen sich dem an.

Daher fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr anschließend einstimmig folgenden Beschluss:

Die Tagesordnungspunkt A 6, A 7 und A 7.1 werden in die Sitzung des Ausschusses am 04.12.2008 vertagt.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Ziffus:

Am Lerbacher Weg ist der Radweg durch die Gastrasse beschädigt worden. Wie ist dort der Sachstand?

Herr Hardt antwortet, dass die Beseitigung der Beschädigung beauftragt worden ist.

Herr Mömkes stellt anschließend die Nichtöffentlichkeit her.

Vorsitzender

Schriftführer